

„Platz für 180.000 weitere Einwohner in der Region Stuttgart“ (1)

Position der SPD-Regionalfraktion vom 05. Februar 2016



Forderungen in der Region, die ausgewiesenen Wohnflächen im geltenden Regionalplan zu erweitern, d.h. in ein Planänderungsverfahren einzutreten. Zwei Behauptungen:

1. Der geltende Regionalplan sei auf der Grundlage der Annahme von Bevölkerungsrückgang entwickelt worden
2. Deshalb seien keine Reserven vorhanden

Beide Annahmen sind unzutreffend!

- Der am 22. Juli 2008 beschlossene geltende Regionalplan ging ausdrücklich von weiterem Wohnungswachstum aus
Regionalplan beschlossen mit den vollständigen Stimmen von CDU und SPD und den meisten Stimmen von Freien Wählern und FDP gegen die GRÜNEN
- Überprüfung der Verbandsverwaltung hat ergeben, dass rechnerisch Flächenreserven für 180.000 Einwohner im Regionalplan enthalten sind, davon über 30.000 in den Wohnungsschwerpunkten in der Nähe von S-Bahn-Stationen

„Platz für 180.000 weitere Einwohner in der Region Stuttgart“ (2)

Position der SPD-Regionalfraktion vom 5. Februar 2016



Folgende Fragen müssen geklärt werden:

1. Warum nutzen Kommunen die ihnen im Regionalplan gegebenen Möglichkeiten zur Ausweisung von Wohnbauflächen nicht?
2. Können Wohnbauschwerpunkte an Regionalverkehrslinien erweitert oder neu in den Plan aufgenommen werden?

Für uns steht fest:

- Der Schlüssel für die planerische Weiterentwicklung liegt in der verträglichen Verdichtung von Wohngebieten.
- Hier ist bei den meisten Kommunen noch eine erhebliche Zurückhaltung zu verzeichnen

Für uns ist der Knackpunkt der Belebung der Bautätigkeit für preiswerten Wohnraum: erhebliche finanzielle staatliche Förderung muss gewährt werden!

Wohnen in der Region – bezahlbar und zukunftsweisend

Regionalparteitag 26. Oktober 2016



Einwohnerentwicklung in der Region liegt über den Prognosen des Regionalplans

- Vermehrte Zuzüge von Arbeitskräften aus Europa seit 2011
- Stark gewachsene Zahl an Flüchtlingen

Kommunen in der Pflicht

- Möglichkeiten des Regionalplans konsequent nutzen
- Flächen, die für Wohnungsbau vorgesehen sind, zeitnah umsetzen und dabei auf den Vorrang für bezahlbaren Wohnraum achten
- Kommunen müssen ihre Planungsverantwortung wahrnehmen
- Nur so können die Kommunen ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden

Forderung an Landesregierung

- Mittel für sozialen Wohnungsbau erhöhen, Kommunen hierfür mehr Mittel zur Verfügung stellen
- Zuschuss pro Wohnung muss erhöht werden, z.B. durch Ausbau der Zuschussförderung

„So funktioniert kommunale Wohnungswirtschaft“

Die SPD-Regionalfraktion vor Ort 2016 und 2017



Preiswerte Wohnungen werden in größeren Städten zur Mangelware – so auch in der Region Stuttgart

- „Um das Problem anzugehen, braucht man kostengünstigen Wohnungsneubau, der sich nur mit preiswertem Bauland realisieren lässt. In der Praxis ist klar: Wer mehr Bauland haben will, benötigt ein Konzept, das ordnungs- und planungsrechtliche Instrumente mit steuerlichen Anreizen verbindet. Eine selbstbewusste, dialogorientierte Politik ist dafür ebenso erforderlich wie eine handlungsfähige Verwaltung.“

Friedrich-Ebert-Stiftung WISO direkt 08/2016

Diskussionsveranstaltungen der SPD-Regionalfraktion in allen fünf Stadt-/Landkreisen des Verbands Region Stuttgart 2016 und 2017

Ziel: Bauen der Zukunft – kompakt, sozial durchmischt und grün